

Niederschrift HFA/014/2011

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 18.01.2011

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Josef Wilp CDU Vertretung für Herrn
Hermann-Josef Kohnen

Gäste:

Herr Kai Kröger zu TOP 13 und TOP 14

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke Beigeordneter
Herr Werner Lütkeemeier Stadtkämmerer
Herr Wolfgang Nehus Stellv. Fachbereichslei-
ter FB 7
Herr Bernd Weber Pressesprecher
Herr Michael Kramer bis 17:25 Uhr - TOP 4
Frau Julia Kersting Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Hermann-Josef Kohnen CDU Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am 23. November 2010

0:01:45

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23. November 2010 gefassten Beschlüsse

0:02:08

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung die Stellungnahmen auf den der Einladung beigelegten Hinweiszetteln abgegeben habe.

3. Informationen

3.1. Schreiben an den Bundesverteidigungsminister zum Erhalt des Bundeswehrstandortes Rheine

0:02:38

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass am 12. Januar 2011 mit den Vertretern aus dem Rat der Stadt Rheine, mit Herrn Laumann aus dem Landtag, den Bundestagsabgeordneten Frau Arndt-Brauer und Herrn Spahn, Herrn Kubendorff vom Kreis Steinfurt und Herrn Butz vom Kreis Recklinghausen ein Runder Tisch stattgefunden habe. Dort wurde die Bundeswehrstrukturreform und Standortdiskussion erörtert und es wurde gemeinsam vereinbart, ein Schreiben an den Bundesverteidigungsminister zum Erhalt des Bundeswehrstandortes zu formulieren. Die Bedeutung des Standortes und der gemeinsame Einsatz für den Erhalt des Standortes Rheine-Bentlage wurden ausdrücklich in diesem Schreiben hervorgehoben. Eine Kopie des Schreibens liege den Fraktionen vor.

3.2. Gemeindefinanzierungsgesetz

0:04:07

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass es zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 eine erste Proberechnung gebe. Seit gestern gebe es einen Antrag für eine Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz seitens der SPD-Fraktion. Das Thema sei gestern in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung vorbesprochen worden. Die Verwaltung habe für die gestrige Vorbesprechung bereits einen Resolutionsentwurf gefertigt und vorgelegt. Die Verwaltung würde für die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung am 8. Februar 2011 eine Vorlage mit einem Resolutionsentwurf erstellen, die dort vor beraten und im Rat am 22. Februar verabschiedet werden könne. Aus der Vorbesprechung habe sich bereits ergeben, dass man sich positionieren wolle einmal bezogen auf die einzelnen Aspekte des GFG die das Land betreffen und die Position unserer Kommune gegenüber den Bund. Auch hierzu wurde bereits ein Entwurf erstellt, der den Fraktionsvorsitzenden bereits vorliege. Das vorgeschlagene Verfahren sei von den Fraktionsvorsitzenden akzeptiert worden.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass es die Information gebe, dass das Verfassungsgericht gerade den NRW Nachtragshaushalt mit einer einstweiligen Anordnung teilweise außer Kraft gesetzt habe. Diese Außerkraftsetzung gelte zunächst bis zur Entscheidung in der Hauptsache am 15. Februar. Das Gericht wei-

se ausdrücklich darauf hin, dass der Erlass der Einstweiligen Anordnung das Urteil in der Hauptsache aber nicht vorwegnehme. Damit sei auch keine vollständige Aussetzung des Vollzugs des Nachtragshaushaltes verbunden. Ansonsten hätte sich die Frage aufgeworfen, was mit den 638.000 € für die U3-Betreuung passiere. Diese seien davon, nach der aktuellen Interpretation ausgenommen.

4. Neuregelung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften Vorlage: 001/11

0:08:02

Herr Niehues erläutert, dass die CDU-Fraktion in 2010 bereit gewesen sei eine Aufhebung der Sperrstundenregelung in Erwägung zu ziehen. In der Zwischenzeit sei mehrfach mit dem DEHOGA-Ortsverband und den Gastronomen gesprochen worden. Der DEHOGA-Ortsverband sei darum gebeten worden, die rechtliche Bewertung der Verwaltung zu hinterfragen und Argumente für eine andere rechtliche Beurteilung auch anhand von Beispielen in anderen Orten vorzulegen. Dieses sei nicht passiert. Daher gebe es heute keine andere Möglichkeit als der Vorlage der Verwaltung zu folgen.

Herr Holtel informiert, dass die ersten Informationen aus Münster bezogen auf eine gemeinsame Streife aus Ordnungsamt und privaten Bediensteten der Gaststätten sehr positiv gewesen seien. Ein weiterer angeforderter Bericht dazu sei nicht mehr eingegangen.

Herr Ortel ergänzt, dass es nun an der Zeit sei, die Vorlage zu einem Abschluss zu bringen. Der Punkt 4 des Beschlussvorschlages sei ein Signal dafür, dass es auch beabsichtigt sei diesen Bereich weiter im Auge zu behalten.

Herr Reiske hält fest, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anderer Auffassung sei. Es habe Gespräche mit dem DEHOGA-Ortsverband gegeben. Man sei überzeugt davon, dass insbesondere die Betreiber des Köpi und des Roxy im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung für einen geordneten Abfluss der Besucher sorgen können und wollen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei für eine Aufhebung der Sperrstunde. Eine Problematik im Bereich des Marktplatzes sei aufgrund der Lärmimmission jedoch gegeben.

Herr Roscher erläutert, dass die rechtliche Situation keinen Spielraum für eine Entscheidung lasse. Es gebe sehr viele unterschiedliche Interessen. Ausschlaggebend sei, dass es keine Anhaltspunkte zur Aufhebung der rechtlich gebotenen Sperrstunde gebe.

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es verbleibt grundsätzlich bei der gem. § 3 Abs. 3 der Gewerbechtsverordnung von 05:00 Uhr bis 06:00 Uhr gültigen Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften.

2. Für die Zulassung von Ausnahmen von diesem Grundsatz wegen Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses wird die in der Vorlage 265/10 -Anlage 1 enthaltene Verordnung von der Stadt Rheine als örtliche Ordnungsbehörde beschlossen.
3. Die Verwaltung wird ausdrücklich aufgefordert, die Einhaltung der Sperrzeit auch in Zukunft aktiv zu kontrollieren. Festgestellte Verstöße sind als Ordnungswidrigkeiten zu ahnden.
4. Der zuständige Fachbereich Recht und Ordnung wird nach einem Jahr dem Haupt- und Finanzausschuss über die Erfahrungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit der Sperrzeitproblematik sowie die durchgeführten Kontrollen und ggf. festgestellten Verstöße sowie eingeleitete Maßnahmen berichten.

Abstimmungsergebnis:

17	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
1	Stimmenthaltung

**5. Ab in die Mitte - Projekt 2011, hier: Durchführungsbeschluss
Vorlage: 020/11**

0:21:00

Frau Dr. Kordfelder bittet darum, dem Grundsatz- und Durchführungsbeschluss zuzustimmen, damit der Antrag auf den Weg gegeben werden könne.

Herr Niehues hält fest, dass die CDU-Fraktion bereit sei, der Vorlage zuzustimmen. Bei einer Teilförderung solle die prozentuale Kostenbeteiligung der Stadt im Verhältnis zu den anderen Leistungen stehen. Dieses müsse berücksichtigt werden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass sich bei einer Minimierung des Förderantrages die Komplementärfinanzierung ebenfalls minimiere.

Herr Reiske erinnert, dass bei dem Projekt Im Coesfeld im vergangenen Jahr der Erfolg ausblieb.

Frau Dr. Kordfelder bittet alle Ratsmitglieder um Unterstützung für das Projekt. Es müsse gemeinsam beworben werden.

Herr Roscher weist drauf hin, dass die Zielrichtung bei dem Projekt „Thie-time“ gut sei. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Ortel erläutert, dass die AfR-Fraktion der Durchführung des Projektes zustimme. Es handele sich hier um keinen Beschluss über den Umfang der einzusetzenden Mittel.

Herr Holtel hofft, dass durch das Projekt der Teil der Innenstadt wieder belebt werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Durchführung des Ab-in-die-Mitte-Projektes 2011 „*Thie-time: Träume entwickeln – Vielfalt gestalten*“ zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

6.1. Rückbau eines Teils des Mehrzweckstreifens an der Elter Straße, Antrag Stadtteilbeirat Gellendorf/Südesch

0:29:10

Frau Dr. Kordfelder informiert über den als Anlage 1 der Niederschrift zu TOP 6.1 beigefügten Antrag. Der Stadtteilbeirat Gellendorf/Südesch beantragt den Rückbau eines Teils des Mehrzweckstreifens an der Elter Straße zwischen Scharnhorststraße und der Bahnunterführung in Gellendorf.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, den Antrag an den Bauausschuss zu verweisen. Bei dem Straßenabschnitt handele es sich um die freie Strecke einer Bundesstraße. Die Zuständigkeit liege damit nicht bei der Stadt Rheine, sondern bei Straßen NRW. Unabhängig davon solle die Thematik im Bauausschuss diskutiert werden. Das Ergebnis der Beratung werde dem Stadtteilbeirat mitgeteilt.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

6.2. Einführung einer Wertstofftonne, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0:29:59

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anhand des als Anlage 2 der Niederschrift zu TOP 6.2 beigefügten Antrages die Verwaltung beauftrage zu prüfen, ab wann und in welcher organisierten Form die Wertstofftonne im Stadtgebiet von Rheine eingeführt werden könne.

Herr Kuhlmann weist drauf hin, dass vorab zu klären sei, ob diese Tonne überhaupt eingeführt werden solle. Das Thema sei nicht unproblematisch. Die Stadt Dortmund werde aktuell wegen der Einführung der Wertstofftonne von der Firma INTERSEROH verklagt. Herr Kuhlmann schlägt vor, den Antrag zunächst auszusetzen, bis dieses gerichtlich geklärt worden sei.

Herr Reiske hält fest, dass die Klage nicht bekannt gewesen sei. Grundsätzlich halte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung für sinnvoll. Herr Reiske sei mit dem Weg einverstanden, den Klageausgang abzuwarten.

6.3. Gemeindefinanzierungsgesetz, Antrag der SPD-Fraktion

0:33:09

Frau Dr. Kordfelder weist auf den als Anlage 3 der Niederschrift beigefügten Antrag einer Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 der SPD-Fraktion vom 16. November 2011 hin. Unter Tagsordnungspunkt 3.2 wurde der Verfahrensweg bereits erläutert.

6.4. Fortschreibung der integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung, Antrag der SPD-Fraktion

0:33:40

Herr Roscher stellt den als Anlage 4 der Niederschrift beigefügten Antrag zur Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung vor.

7. Einwohnerfragestunde

0:34:45

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

8. Anfragen und Anregungen

8.1. Parkverbot für LKW an der Hauenhorster Straße, Anfrage von Herrn Holtel

0:34:58

Herr Holtel erläutert, dass der Mehrzweckstreifen an der Hauenhorster Straße im Bereich der Neubausiedlung am Staelskottenweg durch die zusätzlichen Anwohner zum Parken genutzt werde. Über die letzten Wochenenden habe sich gezeigt, dass dieser Bereich auch von LKW genutzt werde. Herr Holtel bittet darum, eine geeignete Lösung zu finden, den LKW das Parken dort zu untersagen.

Ende des öffentlichen Teils:

17:40 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführer